

Sonnenenergie: Wer soll zahlen?

"Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat vergangene Woche ein bahnbrechendes Urteil gesprochen, das auch auf die Energiepolitik in Luxemburg einen direkten Einfluss hat", heißt es in einem Communiqué der Grünen-PolitikerInnen Renée Wagener und Claude Turmes. Die deutschen Stromkonzerne hatten gegen den Finanzierungsmodus der Fördertarife für Strom aus erneuerbaren Energiequellen geklagt. In Deutschland werden dabei die Mehrkosten auf alle Stromkunden verteilt. Der EuGH entschied, dass dies keine staatliche Beihilfe darstellt und damit nicht gegen EU-Recht verstößt.

In Luxemburg entschied sich Wirtschaftsminister Henri Grethen auf Druck der Industrielobby für einen anderen Finanzierungsmodus: Der Bonus für die erneuerbaren Energien, für den sich Umweltminister Charles Goerens stark gemacht hatte, wird direkt aus dessen Umweltfonds finanziert. "Bei genauerer Durchsicht des Urteils des EuGH wird klar, dass dieses Finanzierungsmodell juristisch leicht angreifbar werden kann", so die beiden Grünen. Ihr Rat: das Fördersystem schnellstens auf das deutsche Modell umstellen.

Castor rollt durch Bannmeile

Ob spontan oder angemeldet: Ein Rendez-Vous am Bahngleis ist illegal - an der Bahnstrecke nach Gorleben herrscht jeweils 50 Meter links und rechts neben den Schienen ein Versammlungsverbot. Bis zum Ende des Transports sind angemeldete Demonstrationen ab dem 27. März, Spontandemos ab dem 24. März untersagt, teilte die Bezirksregierung Lüneburg mit. Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling rechnet damit, dass, wie beim Castor-Transport 1997, bundesweit rund 30.000 Polizeibeamte im Einsatz sein werden.

Unterdessen wurden militante Castor-GegnerInnen an den Bahngleisen aktiv und beschädigten an verschiedenen Orten die Bahngleise. Für die Demonstration am Samstag in Kehl werden mehrere Tausend AKW-GegnerInnen aus Deutschland und Frankreich erwartet. Für Sonntag ist am betreffenden Bahnübergang ein Aktionstag geplant, auch am Montag und Dienstag steht für viele "Warten auf den Castor" auf dem Programm. Laut "sortir du nucléaire" soll ab Montagmorgen der Castor-Transport von La Hague nach Deutschland losrollen. Um 23 Uhr werden die Atommüllbehälter im elsässischen Grenzbahnhof Lauterbourg erwartet.

Kämpfen statt zahlen!

Arbeitskampf oder nicht? Antwort auf diese Frage sollen die rund 5.000 Beschäftigten des Sozial- und Pflege-sektors Ende diesen Monats geben. Dann beginnen im ganzen Land die von den Vertragsgewerkschaften initiierten Personalbefragungen. Im Mittelpunkt der Umfrage steht der Kollektivvertrag. Bereits Ende Januar hatten die Gewerkschaften OGBL und LCGB die Verhandlungen mit dem Patronat über tarifliche Verbesserungen für Beschäftigte im privaten Sektor für gescheitert erklärt. Ihre Begründung: Die Forderungen der Arbeitgeberseite seien unakzeptabel. Diese will den Privatbeamten den 1999 im öffentlichen Dienst eingeführten zusätzlichen Urlaubstag vorenthalten und verlangt einen finanziellen Ausgleich für Lohnkosten. Da sich - trotz grundsätzlicher Zustimmung zum Kollektivvertrag - die Regierung zuvor geweigert hatte, diese zu erstatten, fordern die Arbeitgeber den Lohnkostenanteil von den Beschäftigten ein. "Unverschämte", schimpfen die Gewerkschaften. OGBL und LCGB setzen nun all ihre Hoffnungen in die Personalbefragungen. "Erst wenn wir wissen, was die Beschäftigten wollen, werden wir auch wissen, was das für den weiteren Arbeitskampf heißt", sagte Nicole Jemming, Mitglied des Syndikats Erziehung und Wissenschaft des OGBL, gegenüber der WOXX.

FLUGHAFEN

Sand im Getriebe

Ein Urteil lässt die KritikerInnen eines Mega-Airports wieder hoffen. Die Regierung muss bei Bauprojekten die Interessen von Natur und Mensch ernsthaft berücksichtigen.

(RK) - "Liebe Passagiere, entschuldigen Sie den Mangel an Komfort. Bedanken Sie sich beim Mouvement Ecologique, dessen Gerichtsklage die Modernisierung der Aéro-gare verzögert hat." Eine ähnliche Aussage dürfte das Schild enthalten, das Transportminister Henri Grethen am liebsten im Findelgebäude aufhängen würde. Diese Methode, jeden Zweifel an Mammutprojekten plattzumachen, hat Tradition: Marcel Mart hatte schon in den Siebzigern gedroht, wenn die AtomgegnerInnen sich durchsetzten, würden die Lichter bald ausgehen. Diesmal geht es um den Traum vom Mega-Airport Findel.

Im Sommer 1999 begann eine Kommodo-Prozedur zum Ausbau der Aéro-gare. Die vor allem vom Lärm geplagten AnrainerInnen befürchteten, dass sich aus dem Ausbau noch mehr Flüge ergeben würden. Mit Unterstützung der lokalen "Syndicats d'initiative" und des Mouvement Ecologique setzten sie sich zur Wehr. Auf den öffentlichen Druck hin versah Umwelt-Staatssekretär Eugène Berger seine Anfang 2000 erteilte Genehmigung mit Einschränkungen wie

einer maximalen Anzahl jährlicher Flugbewegungen.

Dennoch entschieden sich die KritikerInnen des Ausbaus dafür, vor dem Verwaltungsgericht gegen die Genehmigung zu klagen. Zum einen kritisierten sie, dass keine Höchstwerte für die Lärmbelastung an sich vorgesehen waren. Zum anderen warfen sie der Regierung eine Salami-Taktik vor: ein Bauvorhaben nach dem anderen werde genehmigt, ohne dass je eine Gesamtimpaktstudie für den Flughafen erstellt worden wäre.

Bagger gestoppt?

Nun gibt ein Urteil vom 14. März den KlägerInnen weitgehend Recht und macht ein neues Kommodo-Verfahren notwendig, wie Mouvement Ecologique und "Syndicats d'initiative" auf einer Pressekonferenz am Donnerstag erläuterten. Sie zitierten die Urteilsbegründung, in der es heißt, das Genehmigungsverfahren habe sich zum Teil nur auf den Ausbau bezogen und nicht auf das "établissement global concernant son impact sur l'environnement humain et naturel". Das Gericht ist nicht auf die Argumentation der Regierung eingegangen, Gebäude und Aktivitäten hingen nicht zusammen - ein wichtiger Präzedenzfall.

Mouvement Ecologique und "Syndicats d'initiative" fordern nun einen umgehenden Stopp

der Bauarbeiten und ein Moratorium für alle anderen, das Flughafenareal betreffende Stellungnahme. Leider war hierzu bis Redaktionsschluss keine Reaktion von den zuständigen Ministerien zu bekommen.

Es wurde allerdings von Regierungsseite immer wieder betont, der Ausbau der Aéro-gare sei notwendig geworden, weil das bestehende Gebäude für das derzeitige Verkehrsaufkommen zu klein sei. Die Verzögerungen, kontert der Mouvement Ecologique, habe sich die Regierung selbst zuzuschreiben: Sie habe eine Vergrößerung geplant, die über die aktuellen Bedürfnisse hinausgehe und beim Erteilen der Genehmigung geltende Rechtsprinzipien missachtet. Außerdem sei am 13. Februar ein neues Gesetz mit abgeänderten Ausbauplänen deponiert worden, was so oder so zu einer neuen Kommodo-Prozedur geführt hätte.

"Das Urteil ermutigt uns, weiterzumachen", sagt Blanche Weber vom Mouvement Ecologique. Die Ausbau-KritikerInnen stellen sich auf neue Herausforderungen ein. Das Ausbau-Projekt wurde zwar abgeändert, aber nicht abgespeckt, im Gegenteil. Eine öffentliche Diskussion "Welcher Flughafen für morgen?", wie sie schon seit Jahren gefordert wird, ist notwendiger denn je.

10 JAHRE AKUT

Leider nicht überflüssig

Die Aktionsgruppe für Umwelttoxikologie feiert ihren 10. Geburtstag. Und zieht Bilanz: Vieles hat sich bewegt, Probleme gibt es dennoch nicht weniger.

(DW) - "Wir wollen durch unsere Arbeit dazu beitragen, dass Luxemburg seine Haltung in dieser Hinsicht ändert", erklärte Mariette Hilgert in der Ausgabe des GréngeSpoun vom 20. September 1991. Die Präsidentin der soeben gegründeten Aktionsgruppe für Umwelttoxikologie Akut zählt deren Ziele auf: Öffentlichkeits- und Informationsarbeit, politischen Einfluss üben. Zum Beispiel das Verbot des Umweltgiftes Pentachlorphenol (PCP) im Großherzogtum durchsetzen.

Zehn Jahre später kann der heutige Präsident und Gründungsmitglied, Heng Breier, eine stolze Bilanz ziehen. Denn nicht nur das PCP-Verbot ist inzwischen geltendes Recht in Luxemburg. Auch andere Forderungen von Akut wurden umgesetzt: Das Staatslaboratorium führt inzwischen auf Druck von Akut hin auch Untersuchungen im Hinblick auf Umweltgifte durch. Rund 43 Ärzte nahmen an einer Weiterbildung im Bereich Umweltmedizin teil. Und seit 1994 fährt die Umweltambulanz durchs Land und misst den Schadstoffgehalt in privaten Wohnungen, Schulen und Büroräumen.

Die Gruppe wird inzwischen mit rund zwei Millionen LUF im Jahr finanziell vom Staat unterstützt. "Das reicht längst nicht aus", sagt Heng Breier. Die Einführung der Umweltambulanz im Gesundheitsministerium

bescherte der Aktionsgruppe prompt mehr Arbeit. "Messen ist nur der Anfang", so Breier, "mit den Ergebnissen kamen die Leute dann verstärkt zu uns." Ob Wohngifte, Elektrosmog oder Amalgam - in betroffenen Kreisen sprach sich schnell herum, dass Akut die Anlaufstelle in Luxemburg ist. "Wir hatten keine Ruhe mehr", bekräftigt auch Jean Huss, Abgeordneter von Déi Gréng und ebenfalls Gründungsmitglied von Akut.

Häufigste Anfrage: Mobilfunk-Antennen

Als Nachmieter des GréngeSpoun zog Akut 1992 in das "Streckeisen" im Quartier Bourbon. Seit 1995 hat die Organisation ihren Sitz in der Rue de la Boucherie: Dort, ein Stockwerk unter Radio Ara und ein Zimmer hinter "Info Prison", befindet sich auf ca. 50 Quadratmetern Luxemburgs Zentrum für Umwelttoxikologie. Baubiologe Robert Turpel, Vollzeit-Permanent der a.s.b.l., betreut nicht nur die über 1.000 Mitglieder von Akut. "Bis vor kurzem auf seinem privaten Computer", betont Heng Breier. Turpel nimmt pro Woche ca. 20 telefonische Anfragen entgegen und empfängt Interessierte, die etwa die kleine Bibliothek im bescheiden ausgestatteten Akut-Lokal besuchen. Dem Akut-Mitarbeiter stehen neun ehrenamtliche Mitglieder zur Seite.

"In den letzten Monaten nahmen die Anfragen zum Thema Handys und Mobilfunk-Antennen drastisch zu", betont Turpel. "Leider sind wir noch nicht überflüssig geworden", bedauert Muck Huss und zweifelt nicht daran, dass Akut in den kommenden Jahren genug Arbeit haben wird. Ob das in zehn Jahren zusammengetragene Wissen über die Gefahren der verschiedensten Umweltgifte nicht auch eine Last sein kann? Einige aktive Mitglieder hätten inzwischen aufhören müssen, so Heng Breier. "Es wurde ihnen zu viel." Mehr Wissen könne jedoch auch beruhigen, fügt Robert Turpel hinzu. "Am Anfang hatte ich Probleme mit der Fülle an Informationen", räumt Muck Huss ein. "Inzwischen sehe ich jedoch, wie Gefahren vermieden werden können." Panikmachen oder Hypochonder unterstützen, will man bei Akut in jedem Fall vermeiden. "Wir nehmen die Leute ernst, versuchen jedoch das Risiko zu relativieren", stellt Huss klar. Man könne nicht ohne Weiteres das persönliche Schicksal auf andere Fälle übertragen.

Gänzlich unbedarfte BesucherInnen werden sich dennoch vielleicht über eine gewisse Radikalität im Akut-Lokal wundern. Neben Rauch- und Handy-Verbot fällt auf dem Schwarzen Brett die hochkopierte Meldung mit dem Titel "Peitschenhiebe wegen Handy im Flugzeug" auf, in der das Schicksal eines arabischen Mobilfunkbesitzers geschildert wird. Kein Vorschlag zur Nachahmung wie Breier, Huss und Turpel betonen, "eher eine Anregung zum Nachdenken".

